

Die Stadt versucht noch, Einfluss auf die Neubauten in Neuboddenberg zu nehmen

# Streit über nächstes geplantes Baugebiet



Das potenzielle neue Wohnbaugelände in Neuboddenberg ist derzeit noch ein freies Feld. (Bert Gerhards)

VON BERT-CHRISTOPH GERHARDS

Bisher ist die Fläche südöstlich der Berliner Straße gegenüber der Einmündung Krummer Weg noch ein freies Feld, der unverstellte Ausblick reicht über die bergischen Höhen in Richtung Odenthal. Doch sollen hier in naher Zukunft einige Neubauten entstehen. Der Grundstückseigentümer hat gegenüber der Stadt Leverkusen seine Bauabsicht bekundet. Diese versucht nun, über ein Bebauungsplanverfahren Einfluss auf das Vorhaben zu nehmen.

Denn bauen darf der Eigentümer dort bestimmt. In jedem Fall ist der vordere, an der Straße liegende Teil seines Grundstücks im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche ausgewiesen. Einem Bauantrag dafür müsste stattgegeben werden, so informierten die Fachbereichsleiter Stefan Karl (Stadtplanung) und Dirk Baumeister (Bauaufsicht) den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen in dessen Sitzung am Dienstagabend. Bei Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens könne die Stadt aber gestaltend mit eingreifen. Bisher

liege eine erste Ideenskizze für eine Bebauung vor, darüber lasse sich noch verhandeln.

30 bis 40 Wohnungen könnten auf dem knapp 10 000 Quadratmeter großen Grundstück entstehen, das nach hinten hin abfällt. Sollte dessen hinterer Teil, im Flächennutzungsplan als landwirtschaftlich genutzte Fläche ausgewiesen, in einem ordentlichen Verfahren zu Bauland umgewandelt werden, müsste dies zugleich mit dem Bebauungsplanverfahren erfolgen.

So richtig zu gefallen schien dies keinem der Politiker im Planungsausschuss. „Wir müssen da genau hingucken und das Verfahren kritisch begleiten“, formulierte Julian Frohloff (SPD) seine Skepsis.

Und Christoph Kühl erklärte für Grünen: „Wir können uns nur eine Bebauung in der ersten Reihe vorstellen.“

Gegen das Bauvorhaben generell, vor allem aber gegen eine zusätzliche „Hinterlandbebauung“ bezog die parteilose Einzelvertreterin Gisela Kronenberg in einem ausführlichen Plädoyer Stellung: „Die wenigen noch unversiegelten Flächen im Stadtgebiet sind zu kostbar, um für den Bau von Einfamilienhäusern verschwendet zu werden.“ So ein Wohngebiet abseits jeder Infrastruktur, fern von Einkaufsmöglichkeiten und Schulen, werde nur zu mehr Autoverkehr führen. Auch werde wieder einmal eine Kaltluftschneise zugebaut.

Ähnliche „Bauchschmerzen“ in Sachen Klima- und Umweltschutz bekundeten auch die Vertreter von Klimaliste und Opladen plus, während Ina Biermann-Tannenberger (CDU) sich über den von ihr verspürten Sozialneid gegenüber Eigenheimbewohnern beklagte. Darüber, dass man sich Möglichkeiten offenhalten wolle, auf eine Planung Einfluss zu nehmen, bestand jedoch weitgehend Einigkeit.

Nachdem die Grünen im Ausschuss mit ihrem Antrag gescheitert waren, ein Bebauungsplanverfahren allein für den Grundstücksteil zu starten, für den schon Baurecht besteht, stimmte eine breite Mehrheit im Gremium für die Eröffnung von Bebauungsplanverfahren und Flächennutzungsplanänderung.

Drei Gegenstimmen kamen von Oliver Faber (Opladen plus), Benedikt Rees und Gisela Kronenberg, drei Enthaltungen von den Grünen.

Christoph Kühl, Die Grünen

Gisela Kronenberg, parteilos